



KLIMABÜNDNIS
LËTZEBUERG
ALLIANCE DU CLIMAT
LUXEMBOURG



LËTZEBUERGER
NATUR- A
VULLESCHUTZLIGA



Monsieur Ben Fayot
Président de la Commission parlementaire des Affaires Etrangères et Européennes, de la
Défense, de la Coopération et de l'Immigration
36, bd de la Pétrusse

L-2320 Luxembourg

Luxembourg, den 11. April 2008

Betrifft: Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen / 10%-Anteil für Agrokraftstoffe / Nachhaltigkeitskriterien für „Biomasse“

Bezug: Vertiefung der Thematik von der Anhörung am 7.4.08

Sehr geehrter Herr Fayot,

am 23. Januar 2008 hat die EU-Kommission im Rahmen des Klima-Energie-Paketes einen Vorschlag für die Erneuerbare-Energien-Richtlinie vorgelegt. Wir, die unterzeichnenden Organisationen, begrüßen generell den Vorschlag, den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch in Europa auf mindestens 20% bis zum Jahr 2020 zu steigern.

Für das Erreichen dieses Zieles stehen verschiedene erneuerbare Energiequellen zur Verfügung, von denen die uneingeschränkte Verwendung von „Biomasse“ jedoch als höchst problematisch zu bewerten ist. Insbesondere der Vorschlag der EU-Kommission, im Verkehrssektor den Anteil der erneuerbaren Energien bei Benzin und Diesel bis 2020 auf 10% des Endenergieverbrauchs zu steigern, ist mit strengen ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsstandards nicht vereinbar. Hier nur einige der wichtigsten Fakten:

Agrokraftstoffe gefährden die Nahrungsmittelsicherheit für viele Millionen Menschen

Das Recht auf Lebensmittel ist ein international anerkanntes, fundamentales Menschenrecht. Das erste Ziel der Millennium Development Goals ist, die Anzahl der Armen und Hungernden bis zum Jahr 2015 zu halbieren – ein Ziel, zu welchem sich auch die EU bekennt. Auch für die luxemburger Kooperationspolitik ist die Bekämpfung der Armut und des Hungers höchste Priorität. Der 2006 Progress Report der Vereinten Nationen jedoch kommt zu der Erkenntnis, dass die Anzahl der hungernden Menschen in den Entwicklungsländern ansteigt. Die steigende Nachfrage nach Agrokraftstoffen wird von vielen Beobachtern, darunter auch der IMF und die FAO, als ein Hauptgrund für die wachsende Zahl von Hungernden identifiziert. Höhere Lebensmittelpreise treffen vor allem die Ärmsten der Welt, die zwischen 50 und 80% ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben und weniger als andere in der Lage sind, Preisschocks zu verkraften. Studien schätzen, dass jede 1%ige Verteuerung der Lebensmittel zu zusätzlich 16 Millionen hungernden Menschen führt. Das EU Joint Research Center geht davon aus, dass das 10%-Agrokraftstoff-Ziel der EU zu einer Verteuerung der Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel von mindestens 4% führen wird. Dies bedeutet, dass die EU-Agrokraftstoff-Politik für weitere 60-100 Millionen Hungernde verantwortlich sein wird.

Die Produktion von Agrokraftstoffen führt in den Schwellen- und Entwicklungsländern zu Landraub, menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und weiteren schwerwiegenden Verstößen gegen die Menschenrechte

Eine der wesentlichen Auswirkungen der wachsenden Agrokraftstoffproduktion ist die Aneignung grosser Landflächen durch international agierende Konzerne, die bislang in der Hand von indigenen Völkern oder der Landbevölkerung waren und wesentlich zu deren Lebensunterhalt beigetragen haben. Neben Landrechts-Verletzungen muss die lokale Bevölkerung weitere Menschenrechtsverletzungen befürchten. Das Ständige Forum der Vereinten Nationen für Indigene Fragen hat davor gewarnt, dass weltweit 60 Millionen Menschen möglicherweise von Vertreibung bedroht sind, um Agrokraftstoffplantagen Platz zu machen. Wenn Menschen ihr Land verlieren, verlieren sie ihre Existenzgrundlage. Viele müssen in die großen Slums der Mega-Städte ziehen, ohne Chance auf Arbeit; während andere als Wanderarbeiter/innen gar gezwungen werden, ausgerechnet auf eben jenen Plantagen, denen sie weichen mussten, unter ausbeuterischen Bedingungen zu arbeiten.

Auch wenn es den Menschen gelingt, die Verfügungsgewalt über ihr Land zu behalten, bedrohen die zerstörerischen Anbau- und Verarbeitungsverfahren, wie z.B. die Bewässerungsmethoden auf den Plantagen, verschmutzte Abwässer und der Einsatz von Chemikalien ihre Existenzgrundlagen.

Verringerung der Treibhausgas-Emissionen durch Einsatz von Agrokraftstoffen fragwürdig

Immer mehr Studien belegen die großen Ungenauigkeiten, was den Umfang der Treibhausgas-Reduktion bei der Verwendung von Agrokraftstoffen anbelangt. In vielen Fällen sind die Emissions-Gewinne nur geringfügig oder können sogar zu einem Netto-Zuwachs der Treibhausgasemissionen im Vergleich zur Verwendung fossiler Brennstoffe führen. Generell sollte Biomasse zu einer Reduktion der Treibhausgase von mindestens 60% im Vergleich zur fossilen Energiekette führen. Die derzeit am häufigsten eingesetzten Agrokraftstoffe weisen jedoch ein viel zu geringes Reduktionspotential auf. Lediglich die Gewinnung von Agroethanol auf Basis von Zuckerrohr kann unter gewissen Bedingungen zu Reduktionen von über 60% führen, doch wird der Anbau von Zuckerrohr in Brasilien aufgrund der fortschreitenden (direkten und indirekten) Zerstörung der Urwälder durch den Anbau von Zuckerrohrplantagen und der sozioökonomischen Auswirkungen für die Landbevölkerung den Nachhaltigkeitskriterien (siehe oben) nicht gerecht.

Die Produktion von Agrokraftstoffen führt zur Zerstörung natürlicher Ökosysteme und trägt in grossem Maße zur Freisetzung von Treibhausgasen und zur Vernichtung der Artenvielfalt bei.

Derzeit werden für die Produktion von Agrokraftstoffen in grossem Maße für die Stabilisierung des Klimas und den Erhalt der Artenvielfalt wichtige natürliche Ökosysteme (wie z.B. die Urwälder in Südamerika und Indonesien) dem Anbau von Monokulturen zur Produktion von Palmöl, Zuckerrohr, Sojaöl oder Mais geopfert. Damit sind nicht nur unzählige Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht. Eine wahre „Klimazeitbombe“ droht, zu explodieren: Die Zerstörung der Wälder trägt bereits zu einem Fünftel zu den weltweiten Treibhausgas-Emissionen bei – das ist mehr, als alle Autos, Lastwagen und Flugzeuge zusammen. Durch Rodung und Umwandlung von Feucht- und Torfgebieten werden riesige Kohlenstoffspeicher freigesetzt, die ihrerseits in einem erheblichen Maße zum Treibhauseffekt beitragen. Der Abholzung der tropischen Regenwälder Einhalt zu gebieten, ist eine der schnellsten und effektivsten Möglichkeiten, den Treibhausgas-Ausstoss zu reduzieren.

Die Festschreibung verbindlicher Ziele für Agrokraftstoffe, wie in dem Vorschlag der EU-Kommission für die Erneuerbaren Energien-Direktive vorgesehen, würde zu schwerwiegenden Folgen für Klimaschutz, Umwelt und für unzählige, bereits jetzt benachteiligte Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern führen. Aus diesen Gründen fordern die unterzeichnenden Organisationen

- die Streichung des 10%-Zieles für Agrokraftstoffe aus dem Direktiven-Vorschlag. Dieses Ziel kann unter nachhaltigen Bedingungen nicht erreicht werden. Im Transportbereich können wesentlich grössere Erfolge durch die Verringerung des Verkehrsaufkommens und des Treibstoffverbrauchs erzielt werden.
- Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse sind nicht ausreichend: die ökologischen Kriterien müssen verschärft werden, zusätzlich müssen strenge soziale und Menschenrechtsstandards in die Nachhaltigkeitskriterien eingefügt werden. Diese Standards müssen für sämtliche Formen von „Biomasse“ gelten.

Wir fordern das luxemburgische Parlament daher auf, sich im Rahmen der Verhandlungen zur Erneuerbaren Energien-Direktive für die Streichung des 10%-Ziels für Agrokraftstoffe und für eine umfassendere Definition der Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse einzusetzen. Es kann nicht sein, daß Luxemburg durch den Import von Agrokraftstoffen Armut und Hunger in den Entwicklungsländern vergrößert und gleichzeitig durch seine Kooperationspolitik bekämpft!

Sehr geehrter Herr Fayot, angesichts der möglichen schwerwiegenden Auswirkungen der Erneuerbaren Energien-Direktive auf die Schwellen- und Entwicklungsländer möchten wir Sie hiermit darum bitten, die Problematik der Agrokraftstoffe bzw. Biomasse, die wir in der Anhörung am 7.4.08 aus Zeitgründen leider nur kurz darstellen konnten, in einer Ihrer nächsten Sitzungen der Parlamentskommission vertieft zu behandeln. Selbstverständlich sind wir sehr gerne bereit, Ihnen und den Mitgliedern Ihrer Kommission im Rahmen einer Unterredung unsere Position zu den oben genannten Problembereichen im Detail zu erläutern. Da es sich bei dem Thema „Agrokraftstoffe“ und „Biomasse“ um eine ressortübergreifende Problematik handelt, würden wir es auch sehr begrüßen, wenn sich das Parlament dieser Thematik im Rahmen einer Dringlichkeitsdebatte annehmen würde.

Mit freundlichen Grüßen,

Die unterzeichnenden Organisationen:

Action Solidarité Tiers Monde
Archevêché de Luxembourg
Bridderlech Deelen
Caritas Luxembourg
Cercle de Coopération Luxembourg
d´Haus vun der Natur
Hëllef fir d´Natur
Greenpeace Luxembourg
Klimabündnis Lëtzebuerg
Lëtzebuenger Natur-a Vulleschutzliga
Luxemburger Kommission „Justitia et Pax“
Mouvement Ecologique
SOS Faim Luxembourg
Transfair Minka
Veräin fir biologesch-dynamesch Landwirtschaft Lëtzebuerg (Demeter Bond)
Verenegung fir biologesche Landbau Lëtzebuerg (bio-LABEL)

- Kopie zur Information an Monsieur le Ministre de la Coopération et de l´Action humanitaire
- Kopie zur Information an Monsieur le Président de la Commission de l´Environnement
- Kopie zur Information an Monsieur le Président de la Commission de l´Economie, de l´Energie, des Postes et des Sports
- Kopie zur Information an die Fraktionen und politischen Parteien